

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 4

Artikel: Ohne einen einzigen Schuss 4. Wie man den Feind zersetzt : der friedliche Terror : Leitfaden zur Machtergreifung durch die KP
Autor: Kozak, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ohne einen einzigen Schuss

Wie man den Feind zersetzt: Der friedliche Terror

Leitfaden zur friedlichen Machtergreifung durch die KP

Von Jan Kozak

In dieser Fortsetzung der tschechoslowakischen Studie zur Machtergreifung in einem entwickelten kapitalistischen und demokratischen Staat geht es vor allem um die Frage, wie man die Vertreter der nichtkommunistischen Bevölkerungsmehrheit schon vor der formellen Machtergreifung wirksam ausschaltet.

Durch eine ähnliche Methode wurden die Backen der Zange des Druckes «von oben» und «von unten» in den Jahren 1945–1948 immer enger geschlossen und drangen der Bourgeoisie immer tiefer ins Fleisch. Als zum Beispiel die Liquidation der politischen und ökonomischen Position der Besatzungsmächte und der einheimischen Grossbourgeoisie im Verlaufe der nationalen und demokratischen Revolution auf der Grundlage des Kosice-Programms abgeschlossen war, wurden mit fortschreitender Revolution schrittweise weitere Gruppen der Bourgeoisie vernichtet. Die Nationalisierung im Oktober 1945 liquidierte vor allem die ökonomische Macht der Finanzbourgeoisie, die Gruppe von Industriellen, die bis dahin die Schlüssel- und Grundstoffindustrien beherrschte, sowie die Gruppe von Fabrikbesitzern mit mehr als 500 Beschäftigten.

Ueber die 62 Prozent der schon nationalisierten Industrie hinaus wurden den Privatunternehmern im Frühjahr 1947 weitere 13 Prozent durch «Kleinkonfiskationen» entzogen. Die Revision der ersten Bodenreform bedeutete die Liquidation der Gruppe der Grossgrundbesitzer mit mehr als 150 ha Ackerland oder mehr als 250 ha landwirtschaftlich nutzbarem Land sowie die Liquidation der Besitzer von «Restgütern». Im Herbst 1947 half diese «Zange» bei der Durchführung der «Millionärssteuer» und der Lösung der politischen Krise in der Slowakei, die

Nationalisierung in der Industrie: Die Grosskonfiskation erlaubt uns dann die Kleinkonfiskationen.

durch die Sabotage und konterrevolutionäre Tätigkeit der stärksten slowakischen politischen Partei, der Demokraten, ausgelöst worden war.

Alle diese Klassenzusammenstöße mit der Bourgeoisie hatten weitreichende Folgen. Der Einfluss und die Stärke der Bourgeoisie brachen zusammen, die breiten Massen sammelten sich mit wachsender Entschlossenheit um die KPTsch und ihre Politik.

Ende 1947 und Anfang 1948 ging eine wirksame Zersetzung der Sozialistischen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Volkspartei vor sich. Anständige Mitglieder dieser Parteien trennten sich von ihrer bürgerlichen Führung und kamen herüber in die Reihen der KPTsch und der slowakischen KP (schon im November 1947, als die Kommunisten seit Anfang des Jahres 237 384 neue Mitglieder gewonnen hatten, war die KPTsch stärker als alle anderen politischen Parteien zusammen) oder bildeten innerhalb ihrer eigenen Parteien oppositionelle Gruppen.

Die Isolierung der Bourgeoisie in den Parteien der

Nationalen Front schritt nicht nur von aussen fort durch die Abwendung der breiten Massen von den durch die Bourgeoisie geführten Parteien, sondern auch von innen durch das Anwachsen demokratischer und sozialistischer Kräfte in diesen Parteien, durch das Anwachsen einer fortschrittlichen Opposition, die nach der Erhaltung und Stärkung der volksdemokratischen Freiheiten und Rechte strebte und es daher wagte, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Von unten und über die Köpfe der reaktionären Führer der anderen politischen Parteien hinweg wurde die Nationale Front immer stärker zur sozialen und Klassenvereinigung des werktätigen Volkes, das die KPTsch als seine Führung anerkannte, die Partei, die auf eine total sozialistische Rekonstruktion hinarbeitete.

Der Fortschritt des Klassenkampfes bestätigte, dass die KPTsch in den bevorstehenden Wahlen eine entscheidende Mehrheit erringen und mit Hilfe eines demokratisch geäusserten Volkswillens die Erfüllung ihrer Forderungen durchsetzen würde. Sie verlangte die Liquidierung aller privatkapitalistischen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, die totale Liquidierung der Gruppe der heimischen und ausländischen Grosshändler sowie die totale Liquidierung der Grundbesitzer mit über 50 ha Land. So war Anfang 1948, am Vorabend der neuen Parlamentswahlen, die Lage der Bourgeoisie wesentlich verschieden von der im Jahre 1946.

Während die Bourgeoisie vor den Wahlen im Jahre 1946 eine relativ starke Massenbasis besass, genügte weniger als zwei Jahre volksdemokratischer Regierung, die grosse Anhängerschaft, auf welche die Bourgeoisie fest rechnen konnte, zu zersetzen. Die breiten Massen des Volkes, vor allem die werktätigen Bauern, verloren ihre Illusionen über die Bourgeoisie und gingen auf die Seite der Arbeiterklasse über, um die Bourgeoisie mit ihrer antivölkischen und verräterischen Politik in den Augen unserer Nation ins rechte Licht zu setzen. Im Jahre 1948, als der entscheidende Kampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie voll entbrannte, verfügte die Bourgeoisie nur noch über einen Schatten der Macht, die sie 1945 besessen hatte.

Erschreckt durch den friedlichen Fortgang der Revolution, die ihre ökonomischen und politischen Positionen nach und nach beseitigte und zerstörte und sie mit der völligen Vernichtung innerhalb kurzer Zeit bedrohte, entschloss sich die Bourgeoisie in dieser Situation, die gesetzlichen Wege zu verlassen und ihre konterrevolutionären Ziele durch einen Staatsstreich zu erreichen. Das Zeichen gab eine Regierungskrise, hervorgerufen durch den Rücktritt von 12 Ministern. Dadurch jedoch lieferte die Bourgeoisie nur einen neuen offensichtlichen Beweis ihres zersetzten Geistes: sie erreichte ihre eigene Isolierung und völlige Niederlage. Nach fünftägiger Re-

gierungskrise beglich das Volk legal und verfassungsgemäss (unter konsequenter Anwendung aller Formen des Druckes «von oben» und «von unten») seine Rechnung mit der Bourgeoisie.

Die Vertreter der Bourgeoisie und ihre Agenten in der Regierung wurden absolut legal und in Uebereinstimmung mit der seit den Vor-Münchener-Tagen (1920) gültigen Verfassung ersetzt durch volkstreuere Vertreter, die aus den Reihen der rekonstituierten Nationalen Front ausgewählt waren und die führende Rolle der Kommunisten im Staat anerkannten. Die Regierung wurde vom Präsidenten der Republik ernannt und vom Parlament einstimmig bestätigt.

Zum Beweis für die Tatsache, dass diese Form des Uebergangs der politischen Macht in die Hände der Arbeiterklasse völlig legal und verfassungsmässig war (und dieser Punkt ist von grösster politischer Bedeutung), möge die offene und sehr wertvolle Aeusserung eines bedeutenden bürgerlichen Emigranten, des früheren Leiters des Präsidialamtes, Jaromir Smutny, dienen.

«Bei ihrer Kalkulation liessen sie (d. h. die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die ihren Rücktritt eingereicht hatten – J. K.) andere wichtige Umstände ausser acht:

- a) dass die Regierung nicht ‚ipso facto‘ aufgelöst war, wenn eine Minderheit ihrer Mitglieder zurücktrat (nach der Verfassung war die Regierung beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend war, den Ministerpräsidenten nicht gerechnet. Im Falle der Februarregierung bildeten 13 Mitglieder die absolute Mehrheit);
- b) dass der Ministerpräsident mit dem Rest seiner Minister nur durch ein Misstrauensvotum des Parlaments zum Rücktritt gezwungen werden konnte;
- c) dass der Präsident der Republik kein in der Verfassung verankertes Recht hatte, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, wenn nur ein Teil

Zersetzung des politischen Gegners via Zersetzung der politischen Partnerparteien.

seiner Minister die Regierung verliess, selbst wenn sich dadurch der Charakter der Regierung wesentlich änderte;

d) dass nur die Nationalversammlung die Macht hatte, Gottwald zum Rücktritt zu zwingen.»

Jawohl. «Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand.»

(Friedrich Engels, Einleitung zu K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1958, S. 120)

Kehren wir nun zu den Befürchtungen des Genossen Jannucci zurück. Vollkommen richtig macht er auf die Tatsache aufmerksam, dass der bürgerliche Staat nicht nur das Parlament ist, sondern ausserdem aus einem riesigen bürokratischen, Militär- und Polizeiapparat besteht, und er fragt im Licht dieser Warnung: «Ist es denkbar, dass die Bourgeoisie einem einfachen ‚Parlamentsakt‘, ohne Bürgerkrieg, ohne ‚bewaffneten Aufstand‘, weichen würde?»

Nein, die Bourgeoisie hat ihre Macht niemals unter dem Druck eines einfachen «Parlamentsaktes» abgetreten. Man kann sie jedoch in einem günstigen Augenblick ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg ihrer Macht berauben durch die Kraft konsequent handelnder und von der revolutionären Arbeiterpartei geführter revolutionärer Massen, die ihre Vertreter im Parlament unterstützen und das Parlament in eine aktive revolutionäre Versammlung verwandeln.

Im Kampf für die unmittelbaren nationalen, demokratischen, friedlichen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Volkes können die Positionen der Bourgeoisie in den Machtorganen und im Staatsapparat ebenso wie ihre wirtschaftlichen Positionen durch kombinierten Druck «von oben» und «von unten» Schritt für Schritt geschwächt werden, und so erlangt die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen immer günstigere Bedingungen für ihren Kampf für den Sozialismus. (Natürlich werden diese Forderungen immer auf der konkreten, in dem betreffenden Land herrschenden Situation gegründet sein und sich daher weitgehend unterscheiden.)

Fehlkalkulationen der bürgerlichen Parteien in kommunistischer Aufzählung.

den. Zum Beispiel Schutz der nationalen Interessen durch Widerruf aller Abkommen und Verträge mit den Vereinigten Staaten von Amerika, welche die Interessen der Nation schädigen; Verbot jeglicher Kriegspropaganda; Bestrafung aller Kriegshetzer und aktive Unterstützung einer Politik der kollektiven Sicherheit; Abschaffung jeder Art von rassistischer, religiöser und nationaler Diskriminierung; Kampf gegen die Monopole und ihre Nationalisierung; Durchführung einer Bodenreform; Einführung eines allgemeinen Systems sozialer Sicherheit; Abschaffung jeder Art von wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Ungleichheit der Frauen; Trennung von Kirche und Staat, usw.) Im Verlaufe des Kampfes für diese nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen der breiten Massen des werktätigen Volkes können und müssen die folgenden erfolgreich durchgeführt werden: eine Demokratisierung und Reorganisation der Machtorgane auf breiter Grundlage (z. B. das Prinzip, dass alle Organe der Staatsmacht vor der Basis bis zur Spitze vom Volke gewählt werden; die Abschaffung des Senats und die Konzentration aller Macht in den Händen des Parlaments); eine Demokratisierung und Reorganisation des Staatsapparates – der Gerichte, der Polizei, der Armee usw.). Diese breite Demokratisierung wird im Prinzip durchgeführt durch die allmähliche Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und seine Umbildung in ein Instrument und eine Kraftquelle der neuen demokratischen Macht. (Daher betonte der achte Kongress der Kommunistischen Partei Italiens, der die italienische Marschroute für den Weg zum Sozialismus ausarbeitete, dass das Parlament seine aktive Funktion sowohl im

Interesse einer demokratischen und sozialistischen Umbildung des Landes als auch in der neuen sozialistischen Gesellschaft ausüben müsse.)

«Es muss festgestellt werden: Die Grundbedingung der Funktionsausübung des Parlaments ist, dass es Initiative, Impulse und Anregungen für seine regenerative Aktivität aus dem neuen politischen und administrativen System im Staat – in Städten, Provinzen und Gebieten – herleitet, das durch die Verfassung und die Formen der direkten Demokratie unter Teilnahme der Arbeiterklassen an der politisch-ökonomischen Leitung des Staates gekennzeichnet ist.» (Politische Resolution des VIII. Kongresses der Kommunistischen Partei Italiens, Informationsbulletin, Internationale politische Fragen, Nrn. 1–2, S. 87)

Alle diese Massnahmen und ihre Folgen (systematische Stärkung der Machtpositionen der Arbeiterklasse sowie allmähliche Schwächung und Zerstörung der ökonomisch-politischen Stützen der Bourgeoisie) sind in ihrer Gesamtheit der geeignete Weg zur Begrenzung und vielleicht zur Vermeidung jeglicher Gewaltanwendung der Bourgeoisie gegen das Volk und damit zur Verhinderung eines Bürgerkrieges. In diesem Fall kann im Verlaufe des Kampfes für eine vollständige Uebernahme aller Macht durch die Arbeiterklasse keine Rücksicht genommen werden auf gerade bestehende Verhältnisse der Klassenkräfte; es muss in Betracht gezogen werden, wie das Verhältnis zur Zeit der Regierung der revolutionären demokratischen Macht sein wird. So wird die Bourgeoisie in dem Augenblick, in dem sie Gefahr läuft, dass alle Macht von der Arbeiterklasse übernommen wird, lange nicht so mächtig und in ihren Hauptstützen geschwächt sein.

Die Entwicklung zum Sozialismus kann unter diesen Umständen einen demokratischen und verfassungsgemäßen Verlauf nehmen. Das Parlament wird eine aktive revolutionäre Versammlung, unterstützt durch die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, sein, es wird sich in ein Instrument der Arbeiterklasse auf ihrem Wege zur Macht verwandeln, in ein Instrument der Umbildung des gesamten Staates und seines Apparates. Unter diesen Umständen werden alle Veränderungen, die in ihrer Gesamtheit die revolutionäre Umbildung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische darstellen, absolut legal vor sich gehen. Das Parlament kann auf legalem und demokratischem Wege und im Namen der Nation eine neue Verfassung verabschieden und damit die sozialistische Umbildung des Landes ermöglichen. (Nicht ganz drei Monate nach dem Zusammenbruch des von der Bourgeoisie versuchten Staatsreiches verabschiedete das Parlament der Tschechoslowakischen

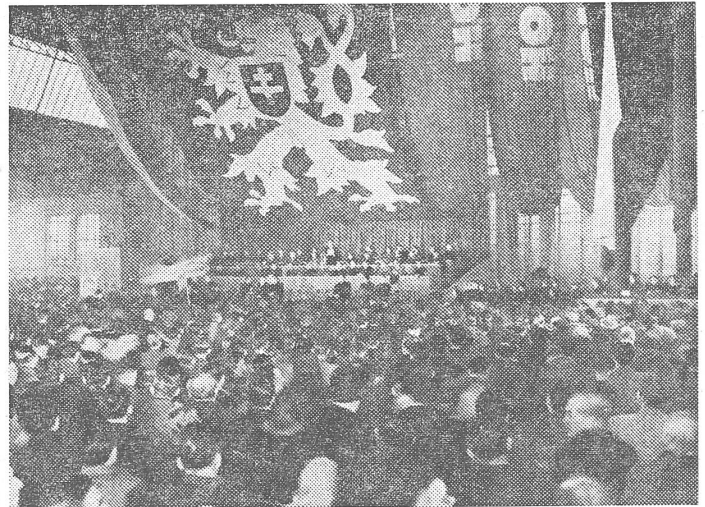
Republik eine neue Verfassung, welche die bis dahin gemachten Fortschritte garantierte: die Souveränität des werktätigen Volkes im Staat, die Popularisierung des Staatsapparates und die Liquidation der Ueberreste des bürokratischen, des Polizei- und Staatsapparates sicherte, die Nationalisierung als feste ökonomische Basis des volksdemokratischen Staates verankerte und als Ganzes den Uebergang des Landes zum Sozialismus verstärkte und schützte.) Damit ist der Fortschritt zum Sozialismus mit Hilfe des Parlaments und ohne blutigen Bürgerkrieg eine reale Möglichkeit. Diese Möglichkeit jedoch darf unter der Arbeiterklasse keine falschen Illusionen aufkommen lassen. Sie darf nicht moralisch entworfen werden durch Zweifel an ihrem Recht, in jedem Fall zu den Waffen zu greifen, in dem sie durch den Widerstand der Bourgeoisie dazu gezwungen wird. Daher proklamierte der XX. Kongress der KPdSU mit absoluter Offenheit: «Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass für eine Anzahl kapitalistischer Länder eine gewaltsame Niederwerfung der bürgerlichen Diktatur und in Verbindung damit eine kräftige Beschleunigung des Klassenkampfes unvermeidlich sind.»

Damit erklärt der XX. Kongress der sowjetischen KP in voller Uebereinstimmung mit dem Geist des Marxismus-Leninismus, dass auf der gegenwärtigen historischen Stufe der Entwicklung der Gesellschaft die Möglichkeit, den Widerstand der Bourgeoisie gegen die sozialistische Umbildung der Gesellschaft ohne Gewaltanwendung, ohne Zuhilfenahme revo-

Natürlich müssen wir unsere Forderungen nicht so formulieren, wie wir sie meinen, sondern so, wie sie zur Schwächung der Gegenpositionen nützlich sind.

lutionärer Gewalt zu brechen, in vielen Ländern herangereift ist oder heranreifen wird. Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk werden jedoch nicht auf bewaffnetes Recht und revolutionäre Gewalt verzichten, wo sie unvermeidlich sind, um den Widerstand der ausbeutenden Klassen zu brechen. So wendet die Arbeiterklasse Lenins Satz an: «Eine Entbindung kann schwierig oder leicht sein. Natürlich sind wir alle für eine leichte und schmerzlose Entbindung. Die Bedingungen für so eine Entbindung sind jetzt günstig. Aber wenn nötig sind wir bereit, eine schwierige und schmerzvolle Geburt auf uns zu nehmen, um das Kind zur Welt zu bringen.»

(Fortsetzung folgt)



Die zur Gesamtheit der Werktätigen proklamierte Minderheit der kommunistisch organisierten Arbeitervertretungen: Die (von wem gewählten?) Delegierten der tschechoslowakischen Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen tagen in Prag 1948.